

Elixier des Lebens

Der heutige Weltwassertag weist auf die große Bedeutung des Element Wassers für die gesamte Menschheit hin.

Seite II



Leonberg & Umgebung



Fit für die Fünf

In elf Wochen von Null auf fünf Kilometer beim Leonberger Citylauf: Wir suchen Kandidaten für unsere Trainingsgruppe.

Seite VI

Donnerstag, 22. März 2018

Die Zukunft des Leobads

Formal ist der Weg zur Sanierung nun frei. Die 15-Millionen-Investition hat den Gemeinderat passiert. Gleichzeitig haben sich die Kommunalpolitiker kurzfristigen wie hohen Forderungen der früheren Architekten verweigert.



Auf die geschwungenen Formen und die blauen Kacheln legen die Architekten besonders großen Wert.

Fotos (2): factum/Granville

Rat lehnt Deal mit den Leobad-Planern ab

Leonberg Dass die Architekten 28 000 Euro verlangen, um auf ihr Urheberrecht zu verzichten, verärgert die Kommunalpolitiker: Es soll überhaupt kein Extrageld fließen. Die 15 Millionen Euro teure Sanierung des Bades wird mit Mehrheit beschlossen. *Von Thomas K. Slotwinski*

Die wichtigste Nachricht zuerst: Das Leobad soll saniert werden. Der Gemeinderat hat das knapp 15 Millionen Euro teure Projekt beschlossen. Ob der Zeitplan gehalten werden kann, wonach ein saniertes Freibad in der Saison 2020 wieder eröffnet wird, ist nicht sicher. Denn gleichzeitig hat es der Gemeinderat abgelehnt, den Architekten, die das vor 28 Jahren vollendete Bad entworfen haben, eine Art Ablöse zu bezahlen – und damit eine mögliche Klage einkalkuliert.

Rückblick: Es war der Kracher in der Ratssitzung am 27. Februar. Schon da sollte die Generalsanierung des Bades beschlossen werden. Obwohl die Kosten in kurzer Zeit von zehn auf 15 Millionen Euro gestiegen waren, schien eine Mehrheit sicher. Doch unmittelbar vor der Sitzung ging ein

Schreiben beim Oberbürgermeister ein: Darin teilten die Architekten Barbara Hofmann und Reinhard Kühn mit, dass mit den Sanierungsplänen „wesentliche Gestaltungsprinzipien“ ihres Ursprungskonzeptes verletzt würden. Sie kritisierten u.a. den vorgesehenen Austausch der blauen Farbkacheln durch Edelstahl und die Begradung einiger Beckenränder. Sollte die Stadt dies nicht berücksichtigen, so drohten die damaligen Planer in dem Brief, würden sie auf ihr Urheberrecht bestehen.

Schon vor drei Wochen stieß das ultimative Vorgehen auf Unverständnis: Die Architekten seien in die Sanierungspläne eingebunden gewesen und hätten keine Kritik erkennen lassen, hieß es im Rat und an der Stadtspitze. Man werde das Gespräch erneut suchen, kündigte der OB an. Bei solchen Konflikten ist es nicht unüblich, dass das Urheberrecht sozusagen abgekauft wird. Die Stadt erkundigte sich, welche Summen in ähnlichen Fällen geflossen sind, und bot Hofmann und Kühn einmalig 10 000 Euro an.

Die Antwort der Architekten kam an diesem Dienstagmittag – vier Stunden vor der entscheidenden Sitzung des Gemeinderates: 28 000 Euro halten sie für an-

gemessen, um ihre Bedenken hinsichtlich der künftigen Badgestaltung zu zerstreuen. Eine Summe, die bei den Stadträten eine Mischung aus Entsetzen und Zorn hervorrief. „Die wohlgesetzten Worte von Gestaltungsprinzipien und prägenden Elementen sind sinnlos“, schimpfte Rainer Zachert von der Neuen Liste. „Jetzt wissen wir es: Es geht den Architekten nur ums Geld.“

„Das Urheberrecht greift nicht wie bei Künstlern“, meinte Jutta Metz (Freie Wähler). „Technik und das Material haben sich geändert. Doch von den Architekten sind keine konstruktiven Vorschläge gekommen. Das äußerste großzügige Angebot von 10 000 Euro ist die Schmerzgrenze.“

Ähnlich Ottmar Pfitzenmaier: „Wir tun uns schwer, den Architekten etwas abzukaufen, was sie nicht besitzen“, erklärte der Fraktionschef der SPD. Da das Bad ein Gebrauchsgegenstand ist, seien den Urhebern die Änderungen zuzumuten. Sowohl Pfitzenmaier als auch seine CDU-Kollegin Elke Staubach sprachen offen von Erpressung.

Lediglich der Grüne Bernd Muschel und Frank Albrecht von der Liste SALZ gaben sich moderat. „Ich kann den Frust verstehen“, sagte Murschel. „Aber im Verhältnis zur Gesamtsumme sind die 28 000 Euro

eine verschwindend geringe Zahl. Da müssen wir durch.“ Albrecht verteidigte die Architekten: „Die sind nicht geldgeil.“

Die CDU-Chefin Elke Staubach, die besonders erobert war, dass Hofmann und Kühn erst „kurz vor Toresschluss“ ihre Forderungen präsentierten, kam schließlich mit der Maximalforderung: „Meine Fraktion und ich sind der Meinung, dass wir solche Spielchen nicht mitmachen. Wir sollten überhaupt nichts bezahlen.“ Eine Ansicht, die im Rat eine deutliche Mehrheit fand. Im Architektenbüro meldete sich am Mittwoch lediglich der Anrufbeantworter.

PERSONAL-ENGPAß BEHOBEN

Problem Um ein Haar hätte das Leobad im vergangenen Jahr erst um 10 Uhr öffnen können. Die neue Sauna musste von Mai bis September geschlossen werden. Es fehlte an Mitarbeitern. Der Gemeinderat machte daher das Ja zur Badsanierung von genügend Personal abhängig.

Lösung Zum 1. April sind alle 15 Stellen besetzt, verkündet Bäderbetrieb-Chef Stefan Hils. Mit Stellenanzeigen und Aushängen war er auf Suche gegangen. Bewerber wurden zu Rettungsschwimmern und Saunameistern ausgebildet.

Kommentar

Eine Art von Ablasshandel



Urheberrecht Die Stadträte haben den Forderungen der Architekten widerstanden. Das ist gut! *Von Thomas Slotwinski*

Betrachtet man die kurzfristigen wie voluminösen Forderungen der einstigen Leobad-Architekten, so fühlt man sich an Johann Tetzel erinnert. Der mittelalterliche Ablasshändler verkaufte den Menschen ihr Seelenheil gegen Bares.

Auch beim Leobad stand eine Art Ablasshandel zur Debatte: Der Gemeinderat sollte den Architekten ihr Urheberrecht regelrecht abkaufen. Die stolze Summe von 28 000 Euro hätte die Schmerzen der Planer über die angebliche Entstellung ihrer Kunst am Bad wohl ausreichend gelindert.

Es zeugt von Charakter, dass sich die Stadträte auf diesen sonderbaren Deal nicht eingelassen haben. Es ist zwar richtig, dass die Summe im Vergleich zu den Gesamtkosten eher gering ist. Dennoch wäre es viel (öffentliches) Geld gewesen, nur um zwei Architekten ruhigzustellen, die gemerkt haben, dass man auf diesem Weg ein schnelles Sümmchen einkassieren kann.

Wäre es ihnen wirklich um ihr Werk gegangen, so hätten sie darauf dringen können, dass die Stadt mehr investiert, um die vermeintlichen Alleinstellungsmerkmale zu erhalten. Doch ihnen war es offenbar lieber, dass Geld in eigenen Kasten klingelt. Selbst wenn nun eine Klage droht: Der Gemeinderat hat sich nicht erpressen lassen.

„Schwindelerregende Beträge“

Leonberg Den Stadträten fällt ihr Ja zum 15-Millionen-Projekt nicht leicht. Aber am Ende steht die Mehrheit. *Von Thomas K. Slotwinski*

Selbst ohne den gewaltigen Nebenkriegsschauplatz Urheberrecht: Leicht fällt den Stadträten ihr Ja zu einer Sanierung im Gesamtvolumen von rund 15 Millionen Euro nicht. „Noch im Juli war von zehn Millionen Euro die Rede“, kritisiert die CDU-Fraktionschefin Elke Staubach die Kostensteigerung von fünf Millionen Euro binnen sieben Monaten.

Ottmar Pfitzenmaier spricht von „schwindelerregenden Beträgen“. Die jetzt im Raum stehenden 15 Millionen Euro „überschreiten eine noch vertretbare Größenordnung, zumal wir alles auf Kredit finanzieren“. Immerhin, so sagt der SPD-Fraktionschef, würden durch die große Sanierung jährlich Ausbesserungsarbeiten von jeweils 250 000 Euro wegfallen.

Angesichts der elementaren Bedeutung für das Image und die Qualität der Stadt ist das Gesamtvorhaben dennoch weitgehend unumstritten. In den Details allerdings haben die Fraktionen unterschiedliche Vorstellungen. Während die SPD eine Rutsche für verzichtbar erachtet und dafür lieber das Erlebnisbecken vergrößern möchte,

hält die CDU die 20 000 Euro für eine Treppe im Schwimmerbecken für „gut angelegtes Geld“ und spricht sich auch für die Sanierung des Sprungbeckens aus.

Um die Unterschiede transparent zu machen, wird über jedes Einzelvorhaben separat abgestimmt. Unter dem Strich steht aber die Mehrheit für die Sanierung des gesamten Leobades.

Am teuersten ist die Edelstahlaukleidung für das Erlebnisbecken, das mit einer Insel, einem Strömungskanal, einem 25 Meter langen Schwimmbereich und mehreren Sprudlern ausgestattet ist. Allein für dieses eine Becken sind rund 2,9 Millionen Euro fällig. Trotzdem stimmen 23 dafür, keiner dagegen. Acht enthalten sich. Nahezu unumstritten ist die Sanierung des Warmaußenbeckens, die mit 625 000 Euro zu Buche schlägt. Lediglich drei Ratsmitglieder enthalten sich, der Rest sagt Ja.

Die geringste Zustimmung gibt es beim Kinderbecken, das für rund 760 000 Euro zu einem Wasserspielplatz umgebaut werden soll. Hier votieren sechs Stadträte mit Nein. Eine neue Rutsche für 824 000 Euro



Allein die Ausstattung des Warmbeckens mit Edelstahl kostet 625 000 Euro.

wird von fünf Ratsmitgliedern abgelehnt. Der Rest ist weitgehend unstrittig. Außerdem folgt der Gemeinderat mehrheitlich dem SPD-Vorschlag, die Notreserve für unvorhergesehene Ausgaben von 1,5 Millionen Euro auf 500 000 Euro zu reduzieren.

Nach dem Ende dieser Sommersaison sollen die Arbeiten beginnen. Im nächsten Jahr bleibt das Freibad zu, das Hallenbad dafür offen. Mit Beginn der Sommersaison 2020 soll das neue Leobad eröffnet werden.

Darmzentrum im Krankenhaus in Aussicht

Leonberg Klinik-Aufsichtsrat macht Medizinkonzept wieder auf. *Von Thomas K. Slotwinski*

Im Krankenhaus Leonberg soll ein neuer Schwerpunkt für chronisch-entzündliche Darmerkrankungen etabliert werden. Wie der Klinikverbund mitteilt, sei die Geschäftsführung am Mittwoch vom Aufsichtsrat der Kreiskliniken Böblingen in diesem Vorhaben „bestärkt“ worden. Die Leitung soll der Bauchchirurg Wolfgang Steurer übernehmen, der seinen Dienst in Leonberg am 1. April antritt.

Das vor knapp vier Jahren beschlossene Medizinkonzept für die Kliniken im Landkreis müsse allerdings „konkretisiert werden“, wie es der Aufsichtsratsvorsitzende, Landrat Roland Bernhard, ausdrückt.

In der Aufsichtsratsitzung habe die Geschäftsführung „die klare Botschaft gesetzt“, dass mit dem bisherigen Medizinkonzept „nicht wie ursprünglich geplant eine schwarze Null beim Betrieb aller Krankenhäuser erreicht werden kann.“

Das läge an veränderten politischen und fachlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene. „Der Aufsichtsrat muss sich nun damit auseinandersetzen, ob und mit welchem Defizit der Kliniken er den Haushalt des Landkreises als Träger in den nächsten Jahren und Jahrzehnten belasten kann“, sagt Bernhard.

Wie die Geschäftsführung in der Sitzung aufgezeigt habe, stimme die Ausrichtung der Medizinkonzeption. „Es gilt jetzt, das Konzept konsequent umzusetzen und an einigen Stellen zu konkretisieren.“ Sonst, so die Prognose, bleibe es bei einem Minus von rund 10 Millionen Euro jährlich.

Seit 2009 schreibt der Klinikverbund Südwest rote Zahlen. 2017 beträgt das Defizit rund 19 Millionen Euro für den Verbund. Gründe für diese finanzielle Schieflage lägen „auch in den insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser in Deutschland“.

Dabei würden sich alle 22 Mitglieder des Aufsichtsrates grundsätzlich zu einer wohnortnahen Basisversorgung bekennen. „Mit Hilfe der Medizinkonzeption erhalten wir alle drei Klinikstandorte und führen sie in eine sichere Zukunft“, so der Landrat.

„Wer anfängt, die mit dem Sozialministerium abgestimmte Medizinkonzeption, die der Kreisrat bereits 2014 mit großer Mehrheit beschlossen hat, in Frage zu stellen, gefährdet unser Ziel, die Kliniken auch in den kommenden Jahrzehnten in kommunaler Trägerschaft zu behalten“, erklärt Bernhard mit Blick auf Äußerungen des Leonberger Oberbürgermeisters.

Martin Kaufmann hatte im Gespräch mit unserer Zeitung die Reduzierung der Bettenzahl in Leonberg kritisiert. Statt bisher 239 soll es nach der Eröffnung der Zentralklinik am Böblinger Flugfeld nur noch 162 geben. Auch hatte Kaufmann von Überlegungen gesprochen, im Zuge der Überarbeitung des Medizinkonzeptes, in Leonberg mittelfristig die Gynäkologie zu schließen und die Unfallchirurgie nur am Tage offen zu halten.

Jörg Noetzel, der medizinische Chef des Klinikverbundes, bekräftigte im Aufsichtsrat die in Leonberg in den nächsten Jahren geplanten Investitionen von 59 Millionen Euro. Bis zum Sommer wären die EU-weiten Vergabeverfahren abgeschlossen.

Dazu komme in Leonberg der Neubau des in Landsträgerschaft stehenden neuen Zentrums für Psychiatrie (ZfP) für psychosomatische Erkrankungen, das von den ZfP-Gremien bereits beschlossen wurde.

Zitat des Tages

„Wasser ist Leben – sanitäre Versorgung ist Würde.“

Elke Meller engagiert sich seit Jahren für das Thema Wasser – nicht nur am Weltwassertag.

Siehe Artikel auf Seite II